Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 38.

№ 71. Freitag, 23. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilagen „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 65. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Was bedeutet uns Rußland?

Die unliebsame Donez-Affäre und insbesondere das merkwürdige Verhalten der maßgebenden Instanzen der Sowjetunion in dieser Angelegenheit haben die deutsch-russischen Beziehungen unbedingt einer schweren Belastung ausgesetzt. Aber immerhin, so brüskierend auch die Verhaftungen der deutschen Ingenieure in Rußland für Deutschland sind, es wäre wirtschaftlich gesehen unklug, diesen Sonderfall allein zum Ausgangspunkt der Prüfung über die Zweckmäßigkeit der deutsch-russischen Handelsbeziehungen zu machen. Die deutsche Notlage zwingt auch das deutsche Volk, realpolitisch zu denken, d. h. seine Entschlüsse nur den sachlichen Notwendigkeiten und Nützlichkeiten anzupassen, jede Prestigefrage möglichst bei der Fassung solcher Entschlüsse auszuschließen. Wenn Deutschland also die Frage stellt, wie und wo die Bedeutung seiner Beziehungen zu Rußland nachzuprüfen ist, so kann es sich nur an die festen statistischen Zahlen halten, die seine Gesamtausfuhr nach der Sowjetunion in den letzten Jahren umfassen. Da hat man zunächst festzustellen, daß der Anteil der Sowjetunion, gemessen an dem deutschen Gesamtumsatz eines Fertigwarenexports, allerdings, wenigstens in der Zeit vom 1. Oktober 1926 bis 1. Oktober 1927, nur 3,1 Prozent beträgt. Deutschland führte in dieser Zeit an Fertigwaren insgesamt nach allen Ländern für 7276 Millionen Reichsmark aus, hiervon fallen auf die Ausfuhr nach Rußland 223,7 Millionen. Diese an und für sich recht mäßige Ziffer der deutschen Rußland-Ausfuhr wird aber etwas zum günstigeren korrigiert, wenn man festzustellen hat, daß die Ausfuhr an Spezialmaschinen nach Rußland immerhin eine stattlichere Ziffer annimmt, als man auf Grund des geringen Anteils der Sowjetunion am deutschen Gesamtumsatz annehmen könnte. So beziffert sich hier der russische Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr von Maschinen auf 12,5 Prozent. Hiervon fällt auf die Gesamtausfuhr von Werkzeugmaschinen ein russischer Anteil von 28 Prozent, von elektrischen Maschinen auf 18 Prozent, auf Landmaschinen von 17,6 Prozent, auf Kessel- und Maschinenteile auf 11 Prozent und von Filmen auf 12,1 Prozent. Das sind immerhin Zahlen, die dem russischen Faktor im deutschen Ausfuhrgeschäft eine nicht zu verachtende Bedeutung geben. Daß bei einer anderen Organisation des ganzen Geschäfts, insbesondere bei einem größeren Entgegenkommen der Russen in allen Fragen der Durchführung dieses Geschäftes, größere Zahlen hätten erreicht werden können, soll allerdings nicht abgestritten werden. Den auf Grund der Donezaffäre abgebrochenen deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen in Berlin war die Aufgabe übertragen, die unbedingt bestehenden Mißstimmigkeiten zu beseitigen. Nach dem Verlauf, den diese Besprechungen bis kurz vor ihrem Abbruch nahmen, ist anzunehmen, daß sie auch dann nicht zu einem Ergebnis geführt hätten, wenn die Donez-Affäre ihren demonstrativen Abbruch nicht erzwungen hätte. Um die Lage der bisherigen deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu erkennen, vergegenwärtige man sich zunächst einmal die Klagen, die von deutschen Firmen mit Recht gegen die Sowjetunion erhoben werden. Auf Schritt und Tritt stößt die deutsche Wirtschaft bei ihrem Bestreben, sich den russischen Markt zu erschließen, auf die unsinnigsten Schwierigkeiten. Sie beginnen bei dem Versand von Musterproben und endigen bei den Bestimmungen über die Kapitalausfuhr. Anstatt aber das Uebel an der Wurzel anzugreifen, kuriert man an Symptomen herum. Alle Unzufriedenheiten deutscher Firmen beruhen letzten Endes darauf, daß dem russischen Außenhandelsmonopol die deutsche freie Wirtschaft — also dem Riesenstaatstrust der Sowjetunion die deutsche Privatfirma Müller oder Schulze — gegenübersteht. Hier gibt es nur zwei Lösungen. Entweder paßt sich der russische Außenhandel dem freien Außenhandel der europäischen Länder an, oder die europäischen Länder passen sich dem russischen Außenhandelsmonopol an. Dies ist die Alternative.

Da ein Abbau des Außenhandelsmonopols jedoch einen Eckpfeiler aus dem Gebäude der russischen Planwirtschaft herausreißen würde, ist an eine Beseitigung des russischen Außenhandelspolitik, solange eine Sowjetregierung existiert, nicht zu denken. Hierüber sind sich die Sowjetrussen klar, und hierüber könnte sich auch die europäische kapitalistische Welt nach über zehnjährigem Bestehen des Sowjetregimes ebenso klar sein. Infolgedessen bleibt nichts anderes übrig, als die freie deutsche Wirtschaft für den Verkehr mit der Sowjetunion so zu organisieren, daß der Macht des russischen Monopols eine entsprechende deutsche Macht entgegengesetzt wird. Das ist ein sehr einfacher und logischer Gedanke. Aber seine Verwirklichung erfordert einen überressortmäßigen Unternehmungsgeist derjenigen, die verantwortlich Ostpolitik machen, und eine Einsicht der deutschen Industrie, die über das privat-wirtschaftliche Maß hinausgeht. Bei dem Mißtrauen, das in Deutschland gegen jede staatliche Organisation der Wirtschaft besteht, ist aber an eine wirkliche Ueberbrückung der Kluft, die zwischen dem deutschen und russischen Wirtschaftssystem klafft, vorerst anscheinend nicht zu denken.

Die Russen waren nicht als Angeklagte nach Berlin gekommen, sondern als Forderer. Sie gingen sofort zum Angriff über und sprachen Kreditwünsche aus, die deutscherseits als eine glatte Herausforderung betrachtet wurden. Man hätte sich vorstellen können, daß dieses Kreditverlangen der Russen aufgegriffen und zum Anlaß genommen worden wäre, um eine Neukonstruktion des deutsch-russischen Geschäfts zu errichten, die dem deutschen Bedürfnis nach Exportsteigerung und dem russischen Bedürfnis nach Warenkrediten nachgekommen wäre. Aber aus hier nicht näher zu erläuternden Gründen verzichtete man deutscherseits darauf, die Frage der deutsch-russischen Beziehungen im großen anzupacken. Man zog es vor, die einzelnen Anklagepunkte zu behandeln. Die Russen erkannten diese Stimmung und ließen sich nur allzu willig auf die Kleinarbeit ein. Aus dieser Kleinarbeit ist man in den wochenlangen Besprechungen nicht herausgekommen. Der plötzliche Abbruch auf Grund der Donez-Affäre hat immerhin ein Gutes. Er gestattet es, nach Bereinigung dieses Falles die Verhandlungen wieder da aufzunehmen, wo sie abgebrochen wurden. Sollten die deutschen Delegierten bei den neuen Verhandlungen die Materie von anderen Gesichtspunkten aus behandeln, so könnte man ihnen mit Hoffnungen entgegenkommen.

Das Saarelend vor dem Reichstag.

Der „abgebogene" Dolchstoß. — Der Etat des Reichsinnenministers.

vbz. Berlin, Donnerstag, 22. März, 14 Uhr.

Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das Gesetz über den

Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen

angenommen, ebenso das **deutsch-spanische Luftverkehrs-Abkommen.**

Es folgt die zweite Beratung der deutsch-französischen Vereinbarung über den

Warenaustausch zwischen dem Saarbeckengebiet und dem deutschen Zollgebiet.

Abg. **Dr. Reichert** (Dn.) führt aus, diese Vorlage gebe neuen Anlaß zum Protest gegen die ungerechte und widernatürliche Abtrennung des deutschen Saargebietes vom deutschen Zollgebiet. Das vorliegende Abkommen bringe der bedrängten Bevölkerung an der Saar noch nicht die ersehnte Erlösung. Die könne erst durch die völlige Wiedervereinigung des Saargebietes mit dem deutschen Mutterlande erreicht werden (Beifall).

Abg. **Sollmann** (Soz.) nennt es einen unerhörten Zustand, daß die kerndeutsche Bevölkerung an der Saar ohne ein wirkliches Parlament einer fremden Regierung überantwortet sei. Das Schicksal dieses Landes werde in den großen Linien der Außenpolitik entschieden. Die nächsten Wahlen in Deutschland und Frankreich müßten die Bahn frei machen für die deutsch-französische Verständigung.

Abg. **Hofmann-Ludwigshafen** (Ztr.) beklagt gleichfalls das Schicksal der Saarbevölkerung, die französischer Mißwirtschaft ausgeliefert sei. Vom Reichstag aus werde der Gruß dieser Bevölkerung erwidert mit dem Ruf: Deutsch an der Saar auf immerdar! (Beifall.)

Die Vereinbarung wird hierdurch in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es wird dann eine vom Auswärtigen Ausschuß vorgelegte **Entschließung** angenommen, die von der Regierung Maßnahmen verlangt, um die Rechte der deutschen Gläubiger gegenüber den von der Tschechoslowakei beschlossenen Abwertungsgesetz betr. die **alten Silber- und Goldmark-Prioritäten** und **Sparkassenguthaben** zu wahren.

Der deutsch-polnische Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter

wird in zweiter und dritter Beratung **angenommen**, ebenso **das Zusatzabkommen zum deutsch-litauischen Handelsvertrag.**

Es folgt der **mündliche Bericht des parlamentarischen Untersuchungs-Ausschusses über die**

Ursachen des inneren Zusammenbruchs im Weltkriege

Der vierte Unterausschuß legt, wie wir bereits gestern berichtet haben, **das Ergebnis seiner Verhandlungen in einer Gesamtentschließung dem Reichstage vor.** (Den Inhalt der Entschließung haben wir gestern schon veröffentlicht.)

Ohne weitere Aussprache stimmt das Haus der Ausschußentschließung zu.

Es folgt die **zweite Beratung** des

Haushalts des Reichsministeriums des Innern.

Der Ausschuß legt dazu eine ganze Reihe von Entschließungen vor. **Eine Entschließung fordert, daß die Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, nur dann in ihrer amtlichen Eigenschaft teilnehmen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden.**

Eine **weitere Entschließung verlangt einen Gesetzentwurf, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeiten die deutsche Reichsangehörigkeit setzt.**

Abg. **Dr. Schreiber** (Ztr.) berichtet über die **Ausschußverhandlungen.** Der Ausschuß fordert in einer Entschließung, bei den Regierungen aller deutschen Länder darauf hinzuwirken, daß es den Beamten zur Pflicht gemacht wird, an Veranstaltungen, bei denen Flaggenschmuck verwendet wird, in ihrer amtlichen Eigenschaft nur dann teilzunehmen, wenn die Reichsfarben an hervorragender Stelle gezeigt werden. Ferner wird ein Gesetzentwurf gefordert, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeiten eine deutsche Reichsangehörigkeit setzt. Weiter werden Maßnahmen gefordert, daß nicht lebensfähige kleine Länder sich mit benachbarten größeren Ländern vereinigen. Schließlich soll darauf hingewirkt werden, daß die überflüssigen und kostspieligen Gesandtschaften der Länder untereinander aufgehoben werden. Der Religionsunterricht soll in den Schulen nach den Bestimmungen der Reichsverfassung erteilt werden, und im gesamten Unterricht sollen die religiösen Gefühle der Kinder nicht verletzt werden.

Abg. Sollmann (Soz.) erklärt, das Reichsinnenministerium sei zu einer deutschnationalen Parteifiliale geworden. Herr v. Keudell sei als Verfassungsminister dadurch charakterisiert, daß er den Direktor der Verfassungsabteilung Dr. Brecht maßregelte, nur weil Brecht Republikaner ist.

Die von den Deutschnationalen und bayrischen Partikularisten bekämpfte Weimarer Verfassung habe sich bewährt, als die Bismarcksche Verfassung im Weltkrieg zusammenbrach. Der Föderativgedanke sei gut für die Einigung Europas, unbrauchbar aber für Deutschland. Der neuerliche Aufruf des Zentrums für den „echten Föderativstaat" beweise nur die wachsende Unsicherheit der Föderalisten. Die Sozialdemokraten seien Unitarier, aber sie wünschten keine schematische Zentralisation.

Abg. Berndt (Dn.) erklärt, **schon die Vorlage des Reichsschulgesetzes allein sei eine Großtat der letzten Regierungskoalition gewesen,** für die dem Minister v. Keudell Dank gebühre. Das Scheitern des Schulgesetzes erregte Empörung bei der ganzen christlichen Elternschaft. Der Kampf um das Schulgesetz werde fortgeführt werden, bis die konfessionelle Volksschule und die Souveränität des Elternrechts gesetzlich gesichert sei. Das gesunde Gefühl des Volkes lehne sich auf gegen die vorzeitigen Reichstagsneuwahlen. Die unter dem Schlagwort „Einheitsstaat" geführte Agitation sei aus parteipolitischen Gründen künstlich entfacht worden. Die Gefühle der Süddeutschen sollten pfleglicher behandelt werden. Beim Kapp-Putsch habe sich die damals sozialdemokratische Reichsregierung nur in Württemberg sicher gefühlt. Der Einheitsstaat sei nur möglich, wenn der einheitliche Volkswillen ihn verlangt. — **Die Deutschnationalen würden alle Anträge ablehnen, die unitarischen Charakter haben.** Der unselige Dualismus in der Verwaltung sei nicht durch das Reich, sondern durch Preußen verschuldet. Die Ursache aller Mißstände sei die demokratisch-parlamentarische Weimarer Verfassung, die für Deutschland nicht passe. Eine Reform der Verfassung sei notwendig im Sinne der Beschlüsse der Länderkonferenz. Der Redner verlangt die Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in einer Person. Die Regierung müsse unabhängig vom Vertrauen des Parlaments sein. Der Reichspräsident müsse das Recht haben, die Minister zu ernennen und gegen Parlamentsbeschlüsse Einspruch zu erheben.

Der Reichspräsident müsse dieselben Rechte haben wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Von den Parteien der Linken werde ein wütender Haß gegen die alten Traditionen, vor allem gegen die schwarz-weiß-rote Fahne, gepflegt, während die Deutschnationalen ihre volle Loyalität der schwarz-rot-goldenen Fahne gegenüber bewiesen hätten (Unruhe links.)

Zu verurteilen sei der Gesinnungsterror, der in der **Flaggenfrage** geübt werde (gr. Unruhe links). Statt eines Volksstaates haben wir einen unfreien Parteistaat. Ich erinnere nur an die russischen Sowjet-Methoden, die der preußische Kultusminister Dr. Becker gegen die Studenten anwendet. (Erregte Zurufe links.) Der Parteifanatismus wendet sich sogar gegen den Gedanken der Landesverteidigung. (Abg. Hildenbrand (Soz.): „Wer hat das Land verteidigt? Sie doch nicht, sondern die Arbeiterschaft!") Wollen Sie mir das abstreiten? Nur bei uns sind solche Reden möglich, wie sie Professor Quidde hält (Gr. Unruhe b. d. Soz. — Zurufe: „Schämen Sie sich!" — Abg. Sollmann wird wegen eines Zurufes zur Ordnung gerufen).

Wir wollen die körperliche und sittliche Ertüchtigung der Jugend. Einer Presse-Berichterstattung, wie sich sich beim Kranz-Prozeß zeigte, muß entgegengetreten werden (Rufe links: „Lokalanzeiger!" — Rufe rechts: „Achtuhrabendblatt!"). Wenn unsere Minister deutschnationale Beamte in die Verwaltung bringen, dann handelt es sich um tüchtige Leute. (Gelächter links.) Der preußische sozialdemokratische Innenminister betrachtet aber den Staat als den ersten Diener der Sozialdemokratie. (Erregte Zurufe bei den Soz.) Die Treue monarchistischer Beamter zu ihren alten Idealen sollte auch in der Republik geschätzt werden (Zurufe bei den Soz.). Ihnen ist der Begriff der Treue fremd, Herr Löwenstein! (Abg. Dr. Löwenstein (Soz.) wendet sich mit erregten Worten gegen den Redner.) **Unter großem Lärm schließt Abg. Berndt seine Rede.**

Um 17¼ Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 14 Uhr, vertagt.